



## FDP verlangt 10.000 Kündigungen bei BA

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Zuge der anhaltenden Diskussion über Steuerentlastungen fordert die FDP **Massenentlassungen** bei der Bundesagentur für Arbeit.

In der jüngst veröffentlichten „[Bensberger Erklärung – Stabilität in Deutschland und Europa](#)“ der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag heißt es wörtlich:

(Zitatanfang)

*„Auch die Bundesagentur für Arbeit muss effizienter werden, die Aufgaben und Strukturen der BA müssen auf den Prüfstand. Es kann nicht sein, dass bei der BA 2011 bei unter 3 Millionen Arbeitslosen 25.000 Mitarbeiter mehr angestellt sind als zuzeiten von 5 Millionen Arbeitslosen. Die BA muss schlanker und schlagkräftiger werden: Dabei geht es um Qualität statt Quantität.“*

(Zitatende)

Der **ver.di**-Bundesfachgruppenvorstand Arbeitsverwaltung empfindet diese Forderung als einen Schlag in das Gesicht der Kolleginnen und Kollegen, die noch bis vor kurzem unter – hohem persönlichem Einsatz – die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise mit beseitigt haben.

Die Beschäftigten sind es langsam leid, immer dann mit solchen Forderungen konfrontiert zu werden, wenn aufgrund falscher politischer Entscheidungen und Weichenstellungen kein Geld in der Staatskasse ist bzw. andere Begehrlichkeiten von Politikern angesichts miserabler Umfragewerte bzw. Wahlergebnisse hochkommen.

Statt in Zeiten guter Arbeitsmarktzahlen in Qualitätsverbesserung zu investieren, kommt gebetsmühlenartig die Forderung nach Personaleinsparungen.

Damit muss endgültig Schluss sein!

■





Die absurde Forderung der FDP ist umso mehr an den Haaren herbei gezogen, da der Vorstand der BA – nach Informationen aus Kreisen der BA-Selbstverwaltung – bereits Vorarbeiten an einem neuen Personalkonzept unter Berücksichtigung der prognostizierten Arbeitsmarktdaten begonnen hat.

Die politischen Entscheidungsträger lassen zu dem völlig außer Acht, dass u.a. die Entscheidungen

- zur Neuorganisation des Rechtskreises SGB II
- zur Instrumentenreform im Bereich des SGB III
- zum Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen

die BA in finanzielle Bedrängnis bringen.

In Zeiten guter konjunktureller Entwicklung wird es der BA politisch verwehrt ein finanzielles Polster für schlechtere Zeiten zu erwirtschaften. Gleiches gilt auch für das Personal der BA. Durch Haushaltsvorgaben wurden Mittel für befristet zu beschäftigende Kollegen/-innen eingeplant, wohl wissend, dass dieses Verfahren einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhalten würde. Ein weiteres Beispiel für das Verschieben von Problemen auf die Beschäftigten der BA.

Der *ver.di*-Bundesfachgruppenvorstand Arbeitsverwaltung fordert die politischen Entscheidungsträger – insbesondere die der FDP – auf, endlich zu ihrer wichtigsten sozialpolitischen Institution zu stehen, damit die Kollegen/-innen verlässlich ihrer gesetzlichen Verpflichtung – der optimalen Betreuung der Kundinnen und Kunden der BA – nachkommen können.

Die nächste Wirtschafts- und Finanzkrise kommt bestimmt – oder hat sie bereits begonnen?

**[www.verdi-wir-in-der-ba.de](http://www.verdi-wir-in-der-ba.de)**

